Marktgemeinde St. Johann in Tirol
Bahnhofstraße 5, 6380 St. Johann in Tirol

Protokoll

über die am **3. Dezember 2015** von 18.00 Uhr bis 20.05 Uhr im Sitzungszimmer des Kommunalzentrums unter dem Vorsitz von Bürgermeister Mag. Stefan Seiwald abgehaltene

55. Gemeinderatssitzung (Gemeinderatsperiode 2010 – 2016)

Anwesend:	Hubert Almberger, Simon Aschaber, Christine Bernhofer, Mag. Helga Embacher, Alois Foidl, August Golser, Johann Grander, Christine Gschnaller, Andrea Hauser, Carlos Kammerlander, Manfred Kecht, Ing. Manfred Keuschnigg, Heribert Mariacher, Leo Resch, Robert Steger, Franz Viertl, Peter Wallner, Dr. Georg Zimmermann
Entschuldigt:	Renate Kammerlander (Ersatz: Carlos Kammerlander), Mag. Leo Hofinger (Ersatz: Franz Viertl)
Nicht entschuldigt:	niemand
Schriftführer:	Dr. Ernst Hofer, MBA

Tagesordnung

I. Berichte des Bürgermeisters

- Information: Bauvorhaben Land Tirol

II. Anträge, Anfragen und Allfälliges

I. Berichte des Bürgermeisters

Am Beginn der Sitzung sind 19 Gemeinderäte anwesend.

- Information: Bauvorhaben Land Tirol

  Der Bürgermeister berichtet von einem Treffen im Landhaus vom 1. Dezember 2015.

  Bei diesem sei er darüber unterrichtet worden, dass das Land Tirol beabsichtige, in mehreren Gemeinden auf landeseigenen Grundstücken – wie auch auf dem Gst. 3486/1, KG 82114 St. Johann in Tirol (Weitau) – vorübergehende Betreuungseinrichtungen für Zwecke der Grundversorgung zu errichten.

  Aktuell seien für das Weitaugrundstücke zwei Holzmodule für je 52 Personen, insgesamt also für 104 Menschen, geplant.

  Anmerkung: Das Land Tirol braucht für dieses Bauvorhaben keine Zustimmung des Gemeinderats.

  Nach dem Bericht des Bürgermeisters folgt eine emotionale Debatte.

Zum Teil wird scharfe Kritik an den zuständigen Bundes- und Landespolitikerinnen geübt. Peter Wallner: Dies seien „*unfähige Leute, die auf diesen Posten nichts verloren*“ hätten. Eine derartige „*Inkompetenz*“ gehöre der Bevölkerung „*kommuniziert*“.

Heribert Mariacher spricht von einem „*Versagen der Landespolitik*“. Diese Politik könne er „*nicht unterstützen*“ und er werde sie auch „*nicht unterstützen*“: „*Man kann hier nicht zustimmen.*“ Er bemängelt ferner das Fehlen von Information und auch der „*Kostenfaktor*“ für das geplante Bauvorhaben sei „*gewaltig*“.

Franz Viertl – der Wert auf diese Protokollierung legt – sieht einen potenziellen „*Konfliktstoff*“ darin, wenn bei einer Messe in der Weitaukirche, etwa am „*Palmsonntag*“, „*100 Moslems daneben*“ „*stehen*“. Er erntet heftigen Widerspruch von Mag. Helga Embacher: „*Geht's noch tiefer?*“ „*Schämst denn du dich nicht?*“

Ein Appell des Bürgermeisters, eine gemeinsame – einhellige – Linie (Verhandlungsposition) des Gemeinderats festzulegen, scheitert am Widerstand von Heribert Mariacher. Er sage hier „*dezidiert nein*“.

In weiterer Folge bringt der Bürgermeister einen „*erweiterten Bauausschuss*“ ins Spiel, dem jeder an einer für die Gemeinde „*verbesserten Lösung*“ interessierte Gemeinderat „*beitreten*“ könne.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass es ihm darum geht, eine für St. Johann in Tirol akzeptablere, „*bessere Lösung*“ zu erzielen. Er weist darauf hin, dass das Land Tirol im vorliegenden Fall an keine Zustimmung des Gemeinderats gebunden ist. Aufgrund des neu geschaffenen § 46a Tiroler Bauordnung (gültig seit 25. November 2015) unterlägen die in Rede stehenden Bauvorhaben auch nicht den Festlegungen des Flächenwidmungsplans (wodurch dem Gemeinderat als zuständiger Raumordnungsplanungsbehörde kein Mitspracherecht zukommt).

Der Bürgermeister sieht die vom Land Tirol vorgeschlagene Unterbringung von Flüchtlingen in großen Quartieren kritisch: Eine Aufteilung dieser Menschen auf mehrere kleinere Einheiten sei klar zu bevorzugen. Aufgrund der *de iure* nicht gegebenen Mitsprachemöglichkeit der Gemeinde in dieser Frage wirbt der Bürgermeister eindringlich für einen Schulterschluss des Gemeinderats, um sich auf faktischem Weg für eine andere Lösung (Unterbringung in mehreren kleineren Einheiten) einzusetzen.

Mit Ausnahme von Heribert Mariacher stößt die Idee dieses sogenannten erweiterten Bauausschusses, welcher sich „*fraktionsübergreifend*“ für eine für St. Johann in Tirol „*optimierte*“ „*Lösung*“ einsetzen soll, auf ungeteilte Zustimmung.

II. Anträge, Anfragen und Allfälliges

„Bahn wirkt.“ Der Bürgermeister berichtet über eine ab dem 13. Dezember 2015 wirksame, deutliche Verbesserung des Zugangebots von St. Johann in Tirol nach Innsbruck.

St. Johann in Tirol, 3. Dezember 2015

Der Bürgermeister:

Der Schriftführer: Gemeinderäte: